



NEWSLETTER IV / 2015

NORD|SÜD *news*



Flüchtlinge in der Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker im Gespräch mit Eveline Lemke, stellv. Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz

Arbeit für Flüchtlinge – Gleiche Rechte, gleicher Lohn!

Auch in Deutschland müssen plötzlich hunderttausende Menschen integriert werden. Was dabei aus gewerkschaftlicher Sicht wichtig ist, erklärt Julia Böhnke, Referentin bei der DGB-Jugend.

Nord|Süd news: Europa und die Welt diskutieren ihre Position zum Thema Flucht und Migration. Hat die DGB-Jugend schon eine?

Julia Böhnke: 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine große Herausforderung. Auch für Gewerkschaften – denn Integration kann nur bei fairen Zugängen zu Ausbildung und Arbeit gelingen.

Die DGB-Jugend hat eine Resolution „#Refugees Welcome“ verfasst. Was ist der Kern?

Arbeit und Flucht. Wir haben es einerseits mit der „Migrant Crisis“, der massenhaften Fluchtbewegung nach Europa, und andererseits hierzulande mit massivem Rassismus und Fremdenhass zu tun. Wir sehen die Notwendigkeit, junge Geflüchtete in den Ausbildungsmarkt zu integrieren, aber auch eine Antwort bzw. Absage an den Rechtsextremismus zu formulieren. Gewerkschaften stehen für die Forderung nach einem Recht auf Bildung für junge Menschen, nach Ausbildungsstandards und Einhaltung der Kernarbeitsnormen. All das muss auch für die jungen Geflüchteten gelten.

Welche Probleme gibt es da?

Es hakt schon dabei, dass Geflüchtete, die eine Ausbildung machen wollen, natürlich ein Bleibe-

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Arbeit für Flüchtlinge – Gleiche Rechte, gleicher Lohn! S. 1f

Kommentar

- | TTIP: Bitte fair, nicht nur frei! S. 2

Fluchthilfe und Freihandel

- | Türkei: „Gäste“ ohne Arbeitserlaubnis S. 3
- Entwicklungsländer: „Freihandelsabkommen – eine Chance für Entwicklungsländer?“ S. 4
- China: Vorteilsnehmer China S. 5
- Mexiko: Verlierer der offenen Märkte S. 6

Aus den Projekten

- | Bangladesch: Das Bündnis der Textilindustrie als Hebel für Fortschritt S. 7

In Kürze

- | Ausbildungszentrum auf Haiti steht Friedensnobelpreis für nationalen Dialog
- Neue Broschüre „Ohne Not flieht niemand“
- Katar: Wo bleibt das Playfair?
- Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1

recht brauchen. Denn wie soll man ausbilden, wenn jemand nur geduldet ist, in Verfahren festhängt? Sicherheit ist hier auch im Interesse der ArbeitgeberInnen, und darüber hinaus: Denn es macht keinen Sinn für ArbeitgeberInnen, Fachkräfte auszubilden, die danach nicht im Unternehmen bleiben können.

Fürchtet die DGB-Jugend keine „Schmutzkonkurrenz“ auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt?

Schutzmaßnahmen dürfen auf keinen Fall abgebaut werden! Es darf nicht sein, dass für Geflüchtete der Mindestlohn ausgesetzt wird oder dass es Sonderregeln zur Leiharbeit gibt. Und: Auch jungen Geflüchteten muss zustehen, dass sie ihre Ausbildung abbrechen können, ohne dass ihr Bleiberecht infrage gestellt wird. Aus den Branchen mit schlechten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen ist der Ruf nach Flüchtlingen als Arbeitskräfte ja besonders laut. Deshalb müssen sie in die betriebliche Interessenvertretung integriert werden – manche DGB-Gewerkschaften bieten hier schon Teilhabemitgliedschaften an.

Vertreten bei den Gewerkschaften alle diesen Ansatz?

Ja. Die Perspektiven der Berufsgruppen in den Gewerkschaften auf das Thema sind aber durchaus unterschiedlich. Die KollegInnen der Transportgewerkschaft EVG fahren die Züge mit den Flüchtlingen – die sind an der Belastungsgrenze. Die KollegInnen in der öffentlichen Verwaltung, die bei ver.di organisiert sind, sprechen von einer starken Überlastungssituation. Da sagen wir: kein Wunder. Der öffentliche Dienst wurde jahrzehntelang kaputtgespart. Und jetzt gibt es tatsächlich mal eine politische Herausforderung, und dann ist der Öffentliche Dienst in Teilen nicht handlungsfähig. Auch PolizistInnen und GrenzbeamtInnen geraten stark an personelle und psychische Grenzen. Es ist die Stärke des DGB, der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend, diese Perspektiven miteinzubringen – und nicht die Flüchtlinge zum Problem zu machen, sondern politische Lösungen voranzutreiben.

Macht Deutschland einen Alleingang in Sachen Geflüchtete, wie es in anderen Ländern heißt?

Ich glaube schon, dass die deutsche Perspektive auf das Thema Asyl aus historischen Gründen eine andere ist. Wenn es europäische Regierungen gibt, die Grenzzäune errichten, Geflüchtete bei ihrer Ankunft mit Waffen bedrohen oder misshandeln, müssen wir feststellen: Aus der Perspektive der Gewerkschaften ist es wichtig, dass die Menschenrechte eingehalten werden. Leute, die vor Krieg, Elend, Vertreibung auf der Flucht sind, haben ein Recht auf Schutz.

Die DGB-Jugend ist eine große Ehrenamtsorganisation. Hilft sie auch ganz konkret?

Sie ist auf allen Ebenen in den Stadt- und Kreisverbänden unterwegs. Wir selbst als DGB-Jugend Bund haben gemeinsam mit KollegInnen von ver.di gerade erst eine große Spendensammelaktion organisiert.

Das Interview führte Jürgen Kiontke.

 Mehr Informationen zu „#RefugeesWelcome“ – die Resolution des Bundesjugendausschuss des DGB: <https://jugend.dgb.de/-/pkm>



Freihandel: Kommentar

TTIP: Bitte fair, nicht nur frei!

Die EU verspielt das Prinzip eines Sozialen Europas, warnt die britische Gewerkschafterin Frances O'Grady. Ein Gegenvorschlag.

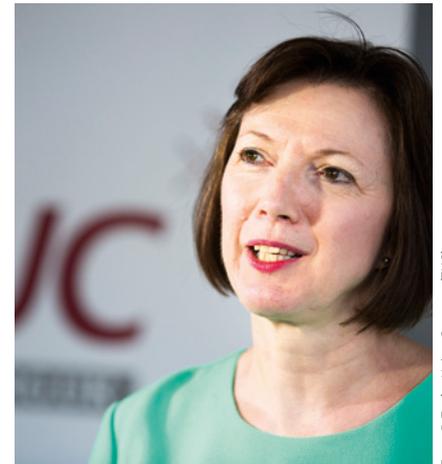
Handel soll Gute Arbeit und ein Einkommen bringen, von dem es sich leben lässt. Er soll nicht nur frei, sondern fair sein. Das Gros der Handelsabkommen, die die EU derzeit verhandelt, bewirken aber das Gegenteil. TTIP, CETA oder TISA stellen eine beachtliche Bedrohung dar für Arbeitsrechte, Umweltschutz und demokratische Entscheidungsprozesse.

TTIP kann eine Abwärtsspirale bei den ArbeitnehmerInnenrechten in Gang setzen. Denn die USA haben deutlich schwächere Richtlinien als Europa. Sie haben nicht einmal die wichtigsten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert, nicht das Recht auf Vereinigungsfreiheit der abhängig Beschäftigten und nicht das Recht auf kollektive Tarifverträge. Zwar haben manche Staaten – etwa Tennessee – ein „Right-to-work“, also das Recht auf Arbeit per Gesetz. Doch der Name führt in die Irre. Diese Gesetze haben das Ziel, Gewerkschaften durch administrative Hindernisse fernzuhalten. Da hilft es auch nicht, dass im TTIP-Kapitel zur Arbeit

empfohlen wird, die Kernarbeitsnormen zu berücksichtigen. Es bleibt eine Kann-Bestimmung. Schon in der Vergangenheit haben diese unverbindlichen Formulierungen keine Wirkung erzielt. So ist seit 2011 das EU-Handelsabkommen mit Korea in Kraft. Trotzdem gab es noch eine Razzia in einem Gewerkschaftsbüro, 2013 kam der Generalsekretär ins Gefängnis. Die EU-Kommission schrieb nicht mehr als einen Brief an die koreanische Regierung. Die Misshandlungen gehen weiter, und sie werden schlimmer.

Ausländische Investoren können derweil Milliarden Dollar schwere Ansprüche über die ISDS, die Investor-Staat-Streitbeilegung, geltend machen, wenn sie ihre Gewinne bedroht sehen. Das hat alles nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Jeder privilegierte Rechtsbehelf für ausländische Investoren ist abzulehnen.

Auch die von der EU-Kommission als Alternative vorgeschlagene Investitionsgerichtsbarkeit macht es nicht besser. Weiterhin könnten ausländische Investoren eine Rechtsprechung anfechten, die dem Allgemeinwohl dienen soll. Darunter fallen Mindestlöhne, Warnhinweise etwa auf Tabakwaren oder Umweltregeln. Zudem sind mehr



Frances O'Grady – „Einfrieren der Demokratie“

und mehr Privatisierungen zu fürchten, auch die öffentlichen Dienste werden zu wenig geschützt. Dieses Einfrieren der Demokratie ist inakzeptabel.

Wir werden uns mit den Gewerkschaften aus ganz Europa, auch aus Kanada und den USA, dagegen stemmen. Die EU muss Handel verhandeln, der im Einklang mit einem sozialen Europa steht. Ein Handelsabkommen sollte höchste Standards für ArbeitnehmerInnenrechte und Gute Arbeit regeln. Öffentliche Daseinsvorsorge und bereits erworbene Standards dürfen dabei nicht verloren gehen.

Frances O'Grady

 Die Kommentatorin ist Generalsekretärin des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC.



„Gäste“ ohne Arbeitserlaubnis

2,2 Millionen syrische Flüchtlinge sind in der Türkei hängengeblieben. Weil sie keinen Flüchtlingsstatus haben, müssen sie selbst für sich sorgen – Frauen und Mädchen zur Not mit Prostitution.

Nachts sei es am schlimmsten, sagt Ayesah Askys. Dann träume sie von ihrer Heimat, dann wachse die Angst besonders, nie wieder von diesem Ort wegzukommen. „Wir haben alles, einfach alles zurückgelassen.“ Die 22-Jährige ist mit ihren Eltern aus dem syrischen Rakka geflohen, geschafft haben sie es bis nach Kartal, einem Istanbuler Stadtteil auf der asiatischen Seite. In ihrem syrischen Leben hatten die Askys ein Haus und Angestellte – in ihrem türkischen wohnen sie in einer Zweizimmerwohnung ohne Heizung.

Mehr als vier Millionen SyrerInnen mussten seit Beginn des Krieges im März 2011 aus ihrer Heimat fliehen, viele in Nachbarstaaten wie Libanon und Jordanien, der Großteil aber lebt in der Türkei. Ayesah Askys ist eine von rund 2,2 Millionen syrischen Flüchtlingen hier. Vor allem an der türkisch-syrischen Grenze hat der Flüchtlingszustrom die Stadtbilder verändert. Insgesamt gibt es dort 25 Flüchtlingslager, in denen 250.000 SyrerInnen leben. Die Mehrheit schlägt sich auf eigene Faust durch, lebt bei Verwandten oder mietet Wohnungen zu ruinösen Preisen. Manche HausbesitzerInnen haben Behelfscontainer auf ihre Dächer gestellt und vermieten sie an Flüchtlinge. Den Ärmsten bleiben nur zerfallene Häuser, Parkplätze oder Grünanlagen. Nicht wenige von denen, die man um Almosen betteln sieht, haben syrische Papiere vor sich auf dem Boden liegen.

Aber die Türkei gewährt den Entkommenen keinen Flüchtlingsstatus, nur „vorübergehenden Schutz“. Die Regierung nennt sie „Gäste“, eine Arbeitserlaubnis erhalten sie nicht. Allerdings dulden die Behörden meist, wenn sie etwa auf dem Bau oder in der Gastronomie schwarz arbeiten – weit unterhalb türkischer Löhne. Aber das führt immer wieder zu Spannungen. Übergriffe

auf Arabisch sprechende Menschen sind an der Tagesordnung – auf Facebook verbreiteten türkische Nationalisten die Parole „Gaziantep will keine SyrerInnen“.

Die Behörden dulden Schwarzarbeit weit unterhalb türkischer Löhne.

Allein in Güvercintepe, einem armen Viertel am Rande Istanbuls, sollen von den 40.000 EinwohnerInnen rund 10.000 SyrerInnen sein. Erst



Die Ärmsten müssen schlafen, wo sie gerade Platz finden

kürzlich wurden hier die Fensterscheiben eines Friseursalons eingeschlagen. „Ich beschäftige SyrerInnen, deswegen wurde mein Laden angegriffen“, glaubt der Besitzer Abdull Gülay. In einem verlassenem Haus nebenan, in dem rund 80 SyrerInnen untergekommen waren, wurde Feuer gelegt. Gülay vermutet: „Das waren unsere türkischen Nachbarn. Sie haben Angst um ihre Jobs, und wollen deswegen keine Fremden hier – auch wenn es doch MuslimInnen sind.“

Ayesah hatte gerade angefangen, in Damaskus Kunst zu studieren, als der Krieg losging. Geplant war nur eine kurze Ausreise, doch die Askys hatten begriffen, dass der Krieg in ihrer Heimat nicht aufhören würde. Die Türkei mit ihren rund 78 Millionen EinwohnerInnen ist der Anfang der Westbalkanroute und damit das wichtigste Transitland für Flüchtlinge. Familie Askys kann sich keine Weiterreise leisten, also bleibt sie. Die junge Frau gibt Zeichenunterricht, ihre Mutter arbeitet als Putzfrau, der Vater hat immer wieder Hilfsjobs. Die Türkei versteht sich nicht als Einwanderungsland, und genau wie Europa weiß auch Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan nicht, mit

dem anhaltenden Flüchtlingszustrom umzugehen. Ankara fordert seit Jahren mehr Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Die meisten der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder. Die Perspektivlosigkeit und der fehlende legale Zugang in den Arbeitsmarkt zwingen manche Syrerinnen dazu, sich als Prostituierte ihr Geld zu verdienen oder als Zweitfrau ehelichen zu lassen. Zuverlässige Statistiken gibt es nicht, weil Mehrfachehen nicht von den Behörden geschlossen und damit nicht erfasst werden. Nach Angaben von Frauenrechtlerinnen hat die Zahl der „Imam-Ehen“, bei denen Geistliche Männer mit einer zweiten oder sogar dritten Ehefrau vermählen, mit der steigenden Zahl der Syrien-Flüchtlinge aber zugenommen. Katastrophal schaut es auch im Bildungsbereich aus. Rund 708.000 der syrischen Flüchtlinge in der Türkei sind laut der Men-

schenrechtsorganisation Human Rights Watch Kinder im Schulalter. Und als es syrischen Kindern im vergangenen Jahr erlaubt wurde, Schulen zu besuchen, seien nur rund 212.000 SyrerInnen dort registriert worden. Gründe dafür seien Sprachbarrieren, Integrationsprobleme und finanzielle Schwierigkeiten.

Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu hat die EU davor gewarnt, zu denken, sie könne sich in der Flüchtlingskrise freikaufen und das Problem der Türkei überlassen. Er erklärte, niemand könne erwarten, dass sich die Türkei in ein „Konzentrationslager verwandelt, in dem alle Flüchtlinge bleiben“ werden. Worte, bei denen die junge Ayesah zusammenzuckt. „In Syrien sind wir vor den Dschihadisten und dem Präsidenten geflohen“, sagt sie. „In der Türkei sind wir zwar sicher, doch auch hier werden wir nicht wie Menschen behandelt. Wir wollen doch einfach nur leben.“

Çiğdem Akyol

Die Autorin ist Journalistin und lebt in Istanbul.



Viele syrische Flüchtlinge leben von Essensgutscheinen



„Freihandelsabkommen – eine Chance für Entwicklungsländer?“

Freihandel muss nicht auf Kosten der Ärmsten gehen, wenn die Abkommen richtig ausgestaltet werden, sagt Clara Brandi vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik.

Nord|Süd news: Frau Brandi, sind Freihandelsabkommen der richtige Weg für Entwicklungsländer, um die eigene Wirtschaft in Gang zu bringen?

Clara Brandi: Der Abbau von Zöllen kann auch für Entwicklungsländer gut sein, wenn sie Waren kostengünstiger importieren und exportieren und durch internationale Arbeitsteilung profitieren können. Aber der Trend zum immer breiteren und tieferen Handelsabkommen ist kritisch zu sehen. Ein Beispiel ist die Regulierung geistiger Eigentumsrechte, die den Zugang zu kostengünstigen Medikamenten schwieriger machen kann. Aber auch bei einfachen Zollsenkungen gilt: Bei der Liberalisierung von Märkten gibt es immer Gewinner und Verlierer. In Ländern ohne soziale Sicherungssysteme werden die Verlierer nicht aufgefangen.



Foto: © DIE

Clara Brandi: Verlierer werden nicht aufgefangen

Warum wird das bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen nicht berücksichtigt?

Das Problem ist der Trend zu mehr bilateralen, regionalen und mega-regionalen Freihandelsabkommen, zum Beispiel TTIP zwischen der EU und den USA oder TPP zwischen den USA und den pazifischen Staaten. In Asien treibt China diesen Prozess im Rahmen von RCEP voran. Wirtschaftlich schwache Staaten können ihre Interessen hier weniger gut vertreten, zum Beispiel weil sie keine Koalitionen schmieden können, wie das in der Welthandelsorganisation WTO möglich ist. Wirtschaftlich weniger bedeutende Länder bleiben außen vor. Kein einziges afrikanisches Land ist an megaregionalen Verhandlungen be-

teiligt. Wichtig ist, dass die WTO zentral für das Aushandeln von Regeln für den internationalen Handel bleibt. Sie ist das einzige Forum, bei dem alle an einem Tisch sitzen und auch alle Entwicklungsländer dabei sind.



Foto: ILO In Asia and the Pacific/Aaron Santos/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Bilaterale Abkommen erhöhen den Wettbewerbsdruck in nicht beteiligten Ländern

TTIP und TPP sollen Wachstum in den jeweiligen Wirtschaftsräumen anstoßen. Geht das auf Kosten der Entwicklungsländer?

Diese Freihandelsabkommen führen zu Umlenkungseffekten, denn der Handel mit dritten, nicht beteiligten Ländern nimmt ab. Darunter leiden vor allem die Länder, die Waren herstellen, für die es noch relativ hohe Zölle zwischen den handelnden Staaten gibt. Für Bangladesch zum Beispiel sind Textilien sehr wichtig. Werden Handelshemmnisse zwischen der EU und den USA abgebaut, erhöht das den Wettbewerbsdruck auf Bangladesch. Hinzu kommt: Mit Vietnam ist ein großer Wettbewerber an TPP beteiligt, das kann dazu führen, dass Bangladesch Marktanteile in Nordamerika verliert. Der zunehmende Wettbewerbsdruck wird es noch schwieriger machen, in Bangladesch bessere Arbeits- und Sozialstandards für die Beschäftigten durchzusetzen. Aber TTIP und TPP können auch eine Chance für Entwicklungsländer sein, etwa wenn die gegenseitige Anerkennung von Standards dazu führt, dass sie Zugang zu einem größeren Markt bekommen.

Welche Folgen haben gemeinsame Standards der EU und der USA für Entwicklungsländer?

Die Gefahr aus Sicht der Entwicklungsländer ist, dass sich die EU und die USA auf hohe

Standards einigen, die sie nicht einhalten können. Aber es ist für die EU und die USA nicht leicht, sich auf einheitliche Standards zu einigen. Das ist einer der schwierigsten Punkte in den Verhandlungen. Leichter ist es für beide Seiten, bestehende Standards gegenseitig anzuerkennen. In Europa wird das Thema Standards sehr kritisch diskutiert, weil viele ein Absenken von Standards fürchten. Aber für Entwicklungsländer ist es eine große Chance, wenn sie nur einen Standard erreichen müssen und damit Zugang zu zwei Märkten bekommen. Es ist Aufgabe der Entwicklungspolitik,

die Länder dabei zu unterstützen, hohe Standards einhalten zu können.

Wie müsste TTIP aussehen, damit Entwicklungsländer davon profitieren?

Ein entscheidender Punkt sind die Regeln für Vorprodukte für die Industrie. Exporte dieser Produkte sind eine große Chance für Entwicklungsländer, denn vor allem durch die Einbindung in globale Wertschöpfungsketten wird Handel zum Entwicklungsmotor. Bei den TTIP-Verhandlungen ist deshalb für die Entwicklungsländer wichtig, wie die EU und die USA die sogenannten Ursprungsregeln ausgestalten. Diese Regeln definieren zum Beispiel, bis zu welchem Anteil ein Produkt aus Importen aus Drittländern bestehen darf, um noch als „Made in EU“ oder „Made in USA“ zu gelten. Ist künftig der erlaubte Anteil hoch, ist das eine Chance für Entwicklungsländer, weil die Nachfrage nach ihren Vorprodukten weiter hoch bleibt oder sogar steigt. Es besteht aber die Gefahr, dass die Ursprungsregeln so definiert werden, dass Entwicklungsländer negativ betroffen sein werden. Außerdem sind die jetzigen Regeln aktuell sehr komplex. Wenn es gelänge, die Ursprungsregeln zu vereinfachen, würden die Entwicklungsländer, die EU und die USA profitieren.

Das Interview führte Jürgen Kiontke.



Vorteilsnehmer China

Ein Argument für Freihandelsabkommen war immer: Wenn wir keine globalen Standards setzen, dann machen es die Chinesen. Dabei machen sie nur vor, wie ein Entwicklungsland vom Freihandel profitieren kann und ab welchem Punkt zu viel freier Warenverkehr schadet.

Deutsche Unternehmer und ihre Lobbyisten scheinen es sich mit ihrer Argumentation zuweilen recht einfach zu machen. Solange China boomte, wurde das Land für seine scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten gefeiert. Das Interesse an den von der Finanzkrise geplagten USA dagegen ging drastisch zurück. Nun haben sich die USA erholt und mit der chinesischen Wirtschaft läuft es nicht mehr rund. Auf einmal stellt China das „größte Risiko“ dar. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit den USA hingegen wird nun als Heilsbringer gepriesen.

Doch nicht nur Deutschlands angeblich allzu enge wirtschaftliche Abhängigkeit von China wird herangezogen, wenn es darum geht, dass TTIP so dringend benötigt werde. Es geht auch um die Angst, dass die Chinesen die globalen Standards setzen, wenn es Europa und die USA nicht tun. Denn grundsätzlich ist China dem Freihandel gegenüber positiv eingestellt. „Keine Frage, Freihandelsabkommen sind ein unvermeidbarer Trend“, sagt He Weiwen vom Institut für vergleichende China-US-EU-Studien des chinesischen Handelsministeriums. „Auch für China.“

Tatsächlich hat Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) 2001 dem Land überhaupt erst den entscheidenden Schub gegeben, zur größten Exportnation und zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufzusteigen. Der Beitritt erfolgte jedoch keineswegs unter der Voraussetzung des bedingungslos freien Warenverkehrs. Zum Schutz der heimischen Textilwirtschaft vor chinesischen Billigtexilunternehmen erhoben die Industriestaaten auch weiter Schutzzölle auf chinesische Waren. Sie wurden erst 2008 abgeschafft.



Auch Peking muss Rücksicht auf ArbeitnehmerInneninteressen nehmen

Die Chinesen wiederum nahmen sich ihrerseits das Recht heraus, ihre Märkte in einer Reihe von Branchen vor den überlegenen Industrieländern zu schützen. Das betrifft bis heute vor allem den Finanzsektor, ebenso jedoch die Stahlindustrie, den Telekommunikationssektor und große Teile der IT-Industrie.

Für ein sich noch entwickelndes Land wie China, das ohne die Abschottung seiner Märkte in vielen Bereichen mit den Industrieländern nicht hätte mithalten können, scheint das genau der richtige Weg zu sein. Denn grundsätzlich gilt beim Freihandel: Vor allem profitieren die Länder, deren Branchen auf den Weltmärkten schon stark sind. Ohne Zölle hingegen ist es für Entwicklungsländer äußerst schwierig, eigene Industrien überhaupt aufzubauen. Auch die USA bauten erst nach dem Zweiten Weltkrieg nach und nach ihre Zölle ab, nachdem sie in vielen Bereichen zum Weltmarktführer aufgestiegen waren. „China hat es frühzeitig verstanden, seine Märkte nur so weit zu öffnen, dass der Nutzen für das Land überwiegt“, sagt der arbeitnehmernahe Ökonom Mao Yanhua von der

Sun Yat-sen-Universität in Guangzhou. Lange habe China das technische Wissen der ausländischen Unternehmen benötigt. Mit einem allzu abgeschotteten Markt hätten es die Chinesen aber nicht zum Exportweltmeister gebracht. Doch werden ausländische Firmen in China zu stark und drohen die heimische Konkurrenz zu verdrängen, wisse die Führung auch weiterhin jederzeit gegenzusteuern. „Aus Angst vor sozialen Unruhen hat die Sicherung von heimischen Arbeitsplätzen für die kommunistische Führung auch weiterhin Vorrang“, sagt Mao.

Auch jetzt fordert He Weiwen vom Handelsministerium, dass China bei jedem Schritt genau die eigenen Vorteile abwägen müsse, bevor weitere Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. „Wir sollten auf keinen Fall mit jedem

Land völlig freien Handel haben.“ Derzeit hat Peking mit rund einem Dutzend Ländern Freihandelsabkommen abgeschlossen, darunter Neuseeland, Island und die Schweiz. Die EU verweigert gegenwärtig noch Verhandlungen mit China. Den USA ist es gelungen, mit dem sogenannten Trans-Pacific Partnership TPP mit elf Pazifik-Anrainerstaaten eine gigantische Freihandelszone zu schaffen. Sie stehen zusammen für 40 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. China wurde bewusst ausgeschlossen.

Schlimm findet die chinesische Führung diesen Ausschluss nicht. „Wir legen unseren Schwerpunkt momentan auf eigene Freihandelszonen mit Ländern in Zentralasien entlang der alten Seidenstraße bis nach Osteuropa“, sagt He.

Vor allem aber weiß die chinesische Führung: Um eine so große Volkswirtschaft kommt ohnehin kein Land mehr herum. Vor allem nicht die USA.

Felix Lee

Der Autor ist Journalist und lebt in Peking.

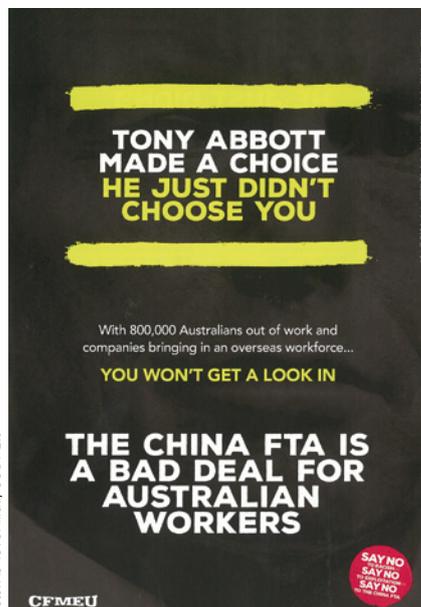


Foto: AS 1979 / flickr, CC BY 2.0

Unvermeidbarer Trend zum Freihandel



Verlierer der offenen Märkte

Die traditionellen HandelspartnerInnen von EU und USA werden durch TTIP benachteiligt. Dazu gehört Mexiko, das ohnehin schlechte Erfahrungen mit dem Freihandel gemacht hat.

Geht es um Freihandelsverträge, sind viele mexikanische Gewerkschaften, Bauernverbände und regierungskritische Intellektuelle grundsätzlich skeptisch. Schließlich blicken sie auf langjährige und oft schlechte Erfahrungen zurück. Bereits 1994 ist der Nordamerikanische Freihandelsvertrag (NAFTA) mit den USA und Kanada in Kraft getreten. Er sollte Beschäftigung sowie Wohlstand bringen. Doch davon könne keine Rede sein, sagt Alejandro Nadal vom Wirtschaftsinstitut Colegio de México.

Das NAFTA-Abkommen hat seine wichtigsten Versprechen, Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen, nicht gehalten.

Tatsächlich ist Mexikos Ökonomie mit durchschnittlich 1,3 Prozent jährlich wesentlich weniger gewachsen als die Brasiliens, Chiles oder Perus. Auch bei der Zahl neuer Arbeitsplätze liegt das Land im Latino-Vergleich auf den letzten Rängen. Mexiko sei der Verlierer des liberalisierten Handels, bilanzieren Kritiker. Wirtschaftswissenschaftler Nadar spricht vom neokolonialen Ausverkauf des Landes.

Und nun verhandelt der NAFTA-Partner USA mit der EU über Zollabbau, Marktöffnung und Investitionssicherheit. Die größte Freihandelszone der Welt soll entstehen, doch die mexikanische Regierung hat kein Wort mitzureden. Dabei ist zu befürchten, dass die Transatlantische Handels- und Investitionspart-

nerschaft (TTIP) tiefgreifende Folgen für das Land hat. „Es ist mehr als offensichtlich, dass die traditionellen Handelspartner Europas und der USA wegen der Zollvereinbarungen schwer getroffen werden“, analysiert das wirtschaftswissenschaftliche ifo-Institut in München. Also auch Mexiko. Durch die wegfallenden Zölle könnten die Preise für EU-Exporte in die USA so stark sinken, dass selbst das Billiglohnland Mexiko bei vielen Gütern nicht mehr mithalten kann. Zudem könnten die höheren Produktstandards den Warenfluss Richtung Norden einschränken. Das ifo-Institut geht davon aus, dass die mexikanischen Ausfuhren in die USA um 16 Prozent fallen würden.

Das wäre ein schwerer Schlag, zumal die Exportbilanz zu den wenigen Erfolgen des NAFTA-Vertrags zählt. Der Handel mit den Partnerländern hat sich nach Angaben des Wirtschaftsministeriums seit 1994 verdreifacht. Mit TTIP könnte Mexiko nun beim Pro-Kopf-Einkommen von Platz 66 der Weltrangliste auf Platz 71 abrutschen.

Zugleich würden sich die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt verschärfen. Schon jetzt sind es vor allem die niedrigen Löhne, die Mexiko wettbewerbsfähig machen. So entstanden beispielsweise in der Automobilindustrie zahlreiche Arbeitsplätze, allein im VW-Werk Puebla sind 15.000 Menschen beschäftigt. Mit einem Stundenlohn von rund sechs US-Dollar verdienen sie zwar nur einen Bruchteil ihrer deutschen KollegInnen, für mexikanische Verhältnisse gilt das Einkommen jedoch als stattlich. Anders sieht es in Fertigungsfabriken an der US-Grenze aus. Dort nähern Frauen für wenig Geld Hemden und Hosen für den Weltmarkt. In anderen Regionen sind Agrar-

industrien entstanden, die Tomaten und Erdbeeren für den Export anbauen. „Viele schufteten täglich 16 bis 18 Stunden unter sklavereihlichen Bedingungen“, erklärt die Arbeitsrechtlerin Alejandra Ancheita. Bis heute erkennen viele internationale Unternehmen die mexikanischen Arbeitsrechte nicht an. Was wird erst passieren, so fragen sich GewerkschafterInnen, wenn der Druck des internationalen Freihandels weiter zunimmt, wenn etwa europäische Unternehmen günstigere Textilien anbieten?



Tomatenernte in San Quintín, im mexikanischen Bundesstaat Baja California – Frauen werden gezwungen, ihre Kinder mit auf die Felder zu bringen, damit sie dort helfen

Gegen den zunehmend liberalisierten Markt haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften zusammengeschlossen. Mehr noch als TTIP haben sie die Transpazifische Partnerschaft TPP im Blick, die Mexiko jetzt mit den USA, Japan, Malaysia, Neuseeland, Chile und sechs weiteren Pazifikanrainern vereinbart hat. Da sind die bei TTIP umstrittenen Schiedsgerichte bereits festgeschrieben, Arzneimittelpatente könnten billige Generika vom Markt verdrängen und der Zollabbau könnte, wie jetzt schon durch NAFTA, Kleinbauern die Existenzgrundlage rauben. Freihandel bedeute, dass internationale Konzerne die globale Wirtschaft kontrollieren und Gesundheits- und Bildungssysteme, die Wasserversorgung und vieles mehr privatisiert wird, kritisieren die Aktivisten.

12 Freihandelsverträge mit 44 Staaten hat Mexiko bereits.

Zwölf Freihandelsverträge mit insgesamt 44 Staaten hat ihr Land bereits abgeschlossen, ein vor 15 Jahren mit der EU vereinbartes Abkommen wird derzeit modifiziert. Auf den versprochenen Aufschwung warten viele MexikanerInnen jedoch bislang vergebens. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut.

Wolf-Dieter Vogel

Der Autor ist Journalist und hat lange in Mexiko gelebt.

Foto: Caelle Frampton/flickr, CC BY-NC-SA 2.0



Die Folgen von NAFTA haben die MexikanerInnen aufgerüttelt



Das Bündnis der Textilindustrie als Hebel für Fortschritt

Mit seiner Reise nach Bangladesch wollte Entwicklungsminister Gerd Müller Druck zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie ausüben.

Die Firma Dulal Brothers Ltd. (DBL) am nördlichen Rand der Stadt Dhaka ist eine Vorzeigefabrik. Mehrere Treppenhäuser führen in die oberen Geschosse, damit die Beschäftigten die Gebäude im Notfall schnell verlassen können. Die Fluchtwege sind deutlich gekennzeichnet. An vielen Stellen hängen gut sichtbar Feuerlöscher. Eine Medizinstation auf dem Firmengelände bietet kostenlose ärztliche Versorgung, und ein Geschäft preisgünstige Konsumgüter.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) ist angetan, als er das Unternehmen nahe der Hauptstadt von Bangladesch Anfang Oktober 2015 besucht. Auch deshalb, weil Dulal Brothers dem Bündnis für nachhaltige Textilien beigetreten ist, das Müller als Reaktion auf den Zusammenbruch des Fabrikgebäudes Rana Plaza im Jahr 2013 gegründet hat. Dieser Zusammenschluss aus Produktionsfirmen, internationalen Handelskonzernen, Bürgerrechtsorganisationen und Gewerkschaften soll die Arbeitsbedingungen in den globalen Wertschöpfungsketten der Textilindustrie verbessern. Zu zeigen, dass das funktionieren kann, war ein Ziel der Ministerreise nach Asien.



Bundesentwicklungsminister Gerd Müller

Fortschritte gab es seit Rana Plaza tatsächlich. So wurde beispielsweise der „Accord on Fire and Building Safety“ in Bangladesch gegründet. Unterzeichner sind unter anderem europäische Textilhändler, die internationalen Gewerkschaftsverbände UNI und IndustriALL und die Kampagne für Saubere Kleidung. Damit sich eine Katastrophe wie in Sabhar nicht wiederholt, wurden inzwischen hunderte Zulieferfabriken in Bangladesch darauf inspiziert, ob die Gebäude

stabil sind, Brandschutz gewährleistet ist und die Arbeitsbedingungen weiteren Mindestanforderungen genügen.

Trotz der Inspektionen würden viele Unternehmen jedoch nicht genug tun, um die Empfehlungen auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen, räumte Brad Loewen anlässlich der Ministerreise ein. Loewen ist der Chefinspektor des Accords in Dhaka. Ähnlich äußerte sich Roy Ramesh Chandra, der Präsident der United Federation of Garment Workers (UFGW): „Die Inspektionen liefern nur eine Diagnose, eine Lösung der Probleme stellen sie nicht dar.“ Die internationalen Auftraggeber der Produktionsfirmen in Bangladesch müssten beispielsweise mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit Verbesserungen realisiert werden könnten. Und Chandra wies darauf hin, dass die Löhne der ArbeiterInnen in den Zulieferfabriken „weit vom existenzsichernden Niveau entfernt“ seien.

„Die Inspektionen liefern nur eine Diagnose, eine Lösung der Probleme stellen sie nicht dar.“

Roy Ramesh Chandra, Präsident der UFGW

Die existenzsichernden Löhne (living wages) gehören zu den Zielen, die die TeilnehmerInnen des Bündnisses für nachhaltige Textilien umsetzen wollen. Die Beschäftigten sollen perspektivisch ein Bezahlungsniveau erreichen, mit dem sie nicht nur ihre Grundbedürfnisse wie Essen, Wohnen und Kleidung decken können, sondern zusätzlich auch Mittel zur Verfügung haben für Altersvorsorge, Krankenversicherung, Bildung der Kinder und Sparen. Deutsche Unternehmen wie Adidas, Aldi, C&A, Edeka, Hugo Boss, KiK, Lidl und Otto tragen das Bündnis mittlerweile mit, ebenso die Verbände der Textil- und Modeindustrie. Die Kampagne für Saubere Kleidung und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, DGB, der dem Bündnis beigetreten ist, betrachten das als Erfolg.

Das Manko der Vereinbarung besteht allerdings darin, dass die Unternehmen und Verbände sich einem Zeitplan widersetzen. Ob und wann die Ziele verwirklicht werden, bleibt deshalb abzuwarten. Weil man zunächst um die Akzeptanz innerhalb der Wirtschaft werben und Firmen

vom Beitritt überzeugen musste, hat das Bündnis im ersten Jahr zudem keine praktischen Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern angeschoben.

Während der Ministerreise in Bangladesch war außerdem zu beobachten, dass die VertreterInnen der deutschen Unternehmen vor Ort zurückhaltend auf Müllers wirtschaftsethische Vorschläge reagierten. Wenn der Minister forderte, die EinkäuferInnen müssten höhere Preise für die Textilien zahlen, wichen die Firmenrepräsentanten aus und sprachen lieber über die Steigerung der Produktivität in den Zulieferfabriken.



Foto: © Hannes Koch

Vorzeigefabrik: Die Produktion bei Dulal Brothers Ltd.

Selbst bei Dulal Brothers erhalten die ArbeiterInnen wohl noch keine Löhne auf existenzsicherndem Niveau im Sinne des living-wage-Konzeptes. Eine durchschnittliche Näherin verdient dort rund 15.000 Taka pro Monat. Das entspricht gegenwärtig etwa 170 Euro. Bei 60 Arbeitsstunden wöchentlich beträgt der Lohn für deutsche Verhältnisse lächerliche 70 Cent pro Stunde. Zwar liegt er damit bei 300 Prozent des Mindestlohns, den die Regierung von Bangladesch als Untergrenze festgesetzt hat – nach Einschätzung der GewerkschafterInnen der Asiatischen Fabriklohn-Kampagne müssten die Beschäftigten jedoch etwa 250 Euro monatlich erhalten, um das Niveau des Existenzlohns zu erreichen.

Hannes Koch



Der Autor ist Journalist in Berlin und reist regelmäßig nach Asien.



Ausbildungszentrum auf Haiti steht

Fünf Jahre nach dem verheerenden Erdbeben auf Haiti steht es endlich: das neue Ausbildungszentrum. Jetzt geht es um die Ausbildung von Lehrern, um Möbel und Unterrichtsmaterial. Für den Wiederaufbau hatte die Spendenaktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Gewerkschaften helfen“ 2012 fast 48.000 Euro gesammelt für ein Berufsbildungszentrum für Frauen (RENAFAM). Doch dann tauchten Schwierigkeiten auf. Ein Grundstück musste erst gefunden werden, weil das, auf dem das alte, eingestürzte Zentrum gestanden hatte, unrechtmäßig bebaut worden war – die Initiative war einem Betrüger aufgefressen.



Foto: © Centre Petion-Bollivar d'Haiti

Übergabe des Berufszentrums (Eröffnung folgt) „MMMM – Magalie Marcelin y Myriam Merlet“

Mit einiger Verzögerung und der finanziellen Hilfe des finnischen Verbands SASK (Trade Union Solidarity Centre of Finland) gelang auch das. Der erdbebensichere zweistöckige Bau wurde teurer als geplant und schliesslich vom holländischen Verband kirchlicher NGO kofinanziert. Für den laufenden Betrieb sucht MMMM (resp. RENAFAFAM) noch Sponsoren, um die Frauen mit niedrigem Einkommen ausbilden zu können. Wegen der unübersichtlichen politischen Zustände nach den Wahlen auf Haiti wird das Berufsbildungszentrum erst im Mai 2016 eröffnet werden können.

Friedensnobelpreis für nationalen Dialog

Selten waren Friedensnobelpreisträger so schnell wieder aus den Nachrichten verschwunden wie 2015: Kein prominenter Politiker mit Glamourfaktor hatte ihn bekommen, sondern ein Quartett von Organisationen verschiedener Interessenlagen, die sich im Rahmen des Arabi-

schen Frühlings gemeinsam um den Übergang Tunesiens zu einer pluralistischen Demokratie bemühen: Treibende Kraft in der Viererkombo, zu der auch der Arbeitgeberverband UTICA, die Menschenrechtsliga und die Anwaltskammer gehören, ist der Gewerkschaftsdachverband UGTT, der schon im Vorjahr für den Preis nominiert war. Am Tag des Sturzes des Regimes von Ben Ali beteiligte sich die UGTT an einem zweistündigen Generalstreik, um gegen das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen den Volksaufstand zu protestieren. Danach war die UGTT maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung der Verfassungsreform und an demokratischen Wahlen. Das Nobel-Komitee äußerte seine Hoffnung, dass die Auszeichnung „Tunesiens Weg zur Demokratie sichern“ werde. Für den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, ist Tunesien das Schlüsselland für den gesamten Nahen Osten: „Es zeigt, dass Demokratie auch im arabischen Raum funktioniert.“



Mehr Informationen: www.nobelprize.org

Neue Broschüre „Ohne Not flieht niemand“

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernsthafte Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit einer neuen Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken. Unter



www.nord-sued-netz.de

NORD|SÜD NETZ

dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt. Zu bestellen unter:



www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen

Katar: Wo bleibt das Playfair?

Dass der internationale Fußballverband Fifa Dreck am Stecken hat, ist endlich amtlich, etliche Funktionäre sind suspendiert, gegen andere wird ermittelt. Dabei geht es immer um Bestechlichkeit, Korruption, Absprachen, falsche und verweigerte Aussagen bei früheren Befragungen. Was aber kein Thema ist: die Situation der migrantischen Arbeitskräfte auf den Baustellen für die WM 2022 in Katar, die die Fifa immer stillschweigend geduldet hat. Sklavenähnliche Verhältnisse, verweigerte und schlechte Bezahlung, Verletzungen, Todesfälle – hier hat sich wenig getan, seit der Internationale Gewerkschaftsbund ITUC Alarm geschlagen hat. Deshalb forciert der britische Gewerkschaftsdachverband TUC seine Kampagne Playfair Qatar mit neuem Recherchematerial zu konkreten Schicksalen, das er unter anderem in Form von Videos bereitstellt.



Mehr Informationen: www.qatarexposed.org

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzi

DGB Bildungswerk BUND
Nord|Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
SWIFT-BIC: NOLADE2HXXX

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung